



Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 15/2024

11. April 2024

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Medizinischen Dienstes Sachsen zur 13. Sitzung des Verwaltungsrates vom 15. März 2024	A 186
3. Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau	A 187
Bekanntmachung der Technischen Universität Dresden zur Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels vom 21. März 2024	A 190
Bekanntmachung des Planungsverbandes Region Chemnitz über die Haushaltssatzung des Planungsverbandes Region Chemnitz für das Haushaltsjahr 2024 vom 26. März 2024	A 191

Bekanntmachung des Planungsverbandes Region Chemnitz über die Auslegung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 vom 26. März 2024	A 193
---	-------

Gerichte

Aufgebotsverfahren.....	A 194
Insolvenzgericht	A 198
Zivilgericht.....	A 198

Stellenausschreibungen	A 201
-------------------------------------	-------

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Medizinischen Dienstes Sachsen zur 13. Sitzung des Verwaltungsrates

Vom 15. März 2024

Die 13. Sitzung des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes Sachsen findet am **Mittwoch, dem 17. April 2024, 13:00 Uhr** im Medizinischen Dienst Sachsen, Am Schießhaus 1, 01067 Dresden statt.

Die vorläufige Tagesordnung beinhaltet folgende Themen:

- 1 Regularien
 - 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.2 Genehmigung der Tagesordnung
 - 1.3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 29. November 2023
- 2 Jahresrechnung 2023
- 3 Bericht über die Prüfung der Betriebs- und Rechnungsführung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar–31. Dezember 2023
- 4 Unabhängige Ombudsperson
 - 4.1 Bericht 2023 der Unabhängigen Ombudsperson
 - 4.2 Entscheidung über die Verlängerung des Vertrages
→ *Hinweis: Beratung unter Ausschluss der Öffentlichkeit*

- 5 Bericht zur Lage
 - 5.1 Bericht aus dem Grundsatzausschuss
 - 5.2 Bericht aus dem Verwaltungsrat des MD Bund
 - 5.3 Bericht aus dem MD Sachsen
- 6 Statistik
 - 7 Zielvereinbarung Verwaltungsrat ↔ Vorstand
 - 7.1 Abrechnung der Zielvereinbarung 2023
 - 7.2 Zielvereinbarung 2024
- 8 Personelles
→ *Hinweis: Beratung unter Ausschluss der Öffentlichkeit*
 - 8.1 Vorstandsdiensvertrag des Vorstandsvorsitzenden
 - 8.2 Vorstandsdiensvertrag der Stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden
 - 8.3 Arbeitsvertrag der Leitenden Ärztin
- 9 Änderung der Satzung des Medizinischen Dienstes Sachsen: Umsetzung § 64a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch – hybride und digitale Sitzungen
- 10 Verschiedenes

Dresden, den 15. März 2024

Medizinischer Dienst Sachsen
Steinbronn
Vorsitzender des Verwaltungsrates

3. Satzung

zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau

Auf der Grundlage der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 28. November 2023 (SächsGVBl. S. 870), des Sächsischen Gesetzes für kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134), des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705), des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. S. 2585), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2023 (BGBl. I S. 409), der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zu den Anforderungen an Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben, über deren Selbstüberwachung und Wartung sowie deren Überwachung (Kleinkläranlagenverordnung) vom 19. Juni 2007 (SächsGVBl. S. 281), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz (SächsAbwAG) vom 05. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 148, 167), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserabgabengesetz – AbwAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2005 (BGBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 22. August 2018 (BGBl. I S. 1327), des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. Dezember 2023 (SächsGVBl. S. 876) und des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsVwVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2003 (SächsGVBl. S. 614, 913), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2023 (SächsGVBl. S. 876), hat die Verbandsversammlung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau in der öffentlichen Sitzung am 15.03.2024 die folgende 3. Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau vom 15.02.2019 (SächsABl. S. A 245), geändert durch die 1. Änderung der Abwassersatzung vom 21.05.2021 (SächsABl. S. A 357, A 358), zuletzt geändert durch die 2. Änderung der Abwassersatzung vom 09.12.2022 wie folgt beschlossen:

Artikel 1 Änderung der Abwassersatzung

1. § 19 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 19 Dezentrale Abwasseranlagen

(1) Die Aufgabe der Entsorgung des Schlammes und der Inhalte aus privaten Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben/Sammelgruben erfüllt die WWZ GmbH, die sich dafür Dritter bedienen kann.

(2) Für jede private Kleinkläranlage gilt die bedarfsgerechte Entsorgung in Eigenverantwortung des nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten, unter Berücksichtigung der Herstellerhinweise sowie der DIN 4261 bzw. der DIN EN 12566 in der jeweils geltenden Fassung sowie den Bestimmungen der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung und nach Vorgabe des Wartungsberichtes der Kleinkläranlage bzw. mindestens nach den in der gültigen wasserrechtlichen Entscheidung festgelegten Abständen. Die DIN und DIN EN-Normen sind im Beuth Verlag GmbH Berlin erschienen und beim Deutschen Patent- und Markenamt in München archivmäßig gesichert und niedergelegt.

Wird die Kleinkläranlage nicht nach dem Stand der Technik bzw. dem vorgeschriebenen Zyklus gewartet, so kann der Zweckverband oder der nach § 1 Abs. 1, Satz 3 beauftragte Dritte eine Entsorgung von dem nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten verlangen.

(3) Für abflusslose Gruben/Sammelgruben hat die Anzeige für die bedarfsgerechte Entleerung rechtzeitig zu erfolgen.

Dies ist dann der Fall, wenn die Anzeige so erfolgt, dass die Entleerung noch vor dem Eintritt einer Gefährdung der Betriebssicherheit der Grundstücksentwässerungsanlage oder einer Bedrohung dieser erfolgen kann.

Hierbei sind die regelmäßig betriebs- und witterungsbedingten Wartezeiten auf die Leerung zu beachten.

Erfolgt diese Anzeige nicht rechtzeitig oder wird ganz unterlassen, können der Zweckverband bzw. der nach § 1 Abs. 1, Satz 3 beauftragte Dritte die Entsorgung veranlassen.

Bei der regelmäßigen Entsorgung von abflusslosen Gruben/Sammelgruben wird der Bedarf zur Entsorgung wie folgt geregelt:
abflusslose Gruben/Sammelgruben für das gesamte im Wohngebäude anfallende Schmutzwasser
Die Ermittlung des Entsorgungszyklusses erfolgt auf Grundlage des jährlichen Wasserverbrauchs und des Gesamtvolumens der abflusslosen Grube/Sammelgrube.

Die Berechnung erfolgt nach folgender Formel:

Entsorgungszyklus in Monaten

Gesamtvolumen der abflusslosen
Grube/Sammelgrube in m³

ist gleich $\frac{\text{Gesamtvolumen der abflusslosen Grube/Sammelgrube in m}^3}{\text{Wasserverbrauch m}^3/\text{a}} \cdot 12$

Sollte der Wasserverbrauch nicht vorliegen, so ist für die Ermittlung des Entsorgungszyklusses mindes-

tens von einem Verbrauch von 20 m³ pro Jahr (entspricht 55 Liter pro Einwohner am Tag) auszugehen.

Die Berechnung erfolgt dann nach folgender Formel:

Entsorgungszyklus in Monaten

$$\text{ist gleich } \frac{\text{Gesamtvolumen der abflusslosen Grube/Sammelgrube in m}^3}{\text{angeschlossene Personenzahl} \cdot 20 \text{ m}^3/\text{a}} \cdot 12$$

(4) Der nach § 3 Abs.1 und 2 Verpflichtete hat den Bedarfsfall mit einem Auftrag schriftlich oder fernmündlich rechtzeitig vorher bei der WWZ GmbH anzuzeigen. Er ist für jeden Schaden haftbar, der durch Verzögerung oder Unterlassung entsteht.

(5) Mit dem Verladen des Inhaltes der Grundstücksentwässerungsanlage auf das Fahrzeug erlangt die WWZ GmbH die Verfügungsbefugnis. Sie ist nicht verpflichtet, in ihm nach verlorenen Gegenständen zu suchen. Enthaltene beziehungsweise aufgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt.

(6) Das für die Entleerung eventuell erforderliche Wasser zur Verdünnung und Spülung ist vom Anschluss- und Benutzungspflichtigen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

(7) Die nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten werden vom Zweckverband oder von der WWZ GmbH rechtzeitig, in der Regel schriftlich, über den Abfuhrtermin informiert. Im Falle einer Verhinderung ist der Zweckverband bzw. die WWZ GmbH rechtzeitig darüber schriftlich oder fernmündlich zu unterrichten und ein neuer Termin abzustimmen. Bei Unterlassung einer Absage sind durch den nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten die Kosten der vergeblichen Anfahrt zu tragen.

(8) Die Grundstücksentwässerungsanlagen müssen so angeordnet und ausgebildet sein, dass sie über einen verkehrssicheren Zuweg für die Entsorgungsfahrzeuge erreichbar sind und entleert sowie überwacht werden können. Ihre Abdeckung muss dauerhaft, verkehrssicher und so beschaffen sein, dass Gefahren nicht entstehen können. Nach Aufforderung sind festgestellte Mängel, die einer ordnungsgemäßen Entsorgung entgegenstehen, durch den nach § 3 Abs.1 und 2 Verpflichteten umgehend zu beseitigen.

(9) Treten bei der Anfahrt, dem Zugang und der Entleerung des Inhaltes einer Grundstücksentwässerungsanlage Störungen ein, die auf schuldhaftes Verhalten des nach § 3 Abs.1 und 2 Verpflichteten zurückzuführen sind, wird ein zeitlicher Mehraufwand berechnet.

(10) Der nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichtete oder ein von ihm beauftragter Dritter haben grundsätzlich auf dem Begleitschein folgende Angaben mit Datum und Unterschrift zu bestätigen:

- a) die an der Messvorrichtung des Spezialfahrzeuges festgestellten Mengen des übernommenen Abwassers beziehungsweise der Inhalte,
- b) Saugschlauchmehrlängenaufwand,
- c) Übereinstimmung der Abwasserqualität mit den in § 6 dieser Satzung genannten Bedingungen,
- d) zeitlicher Mehraufwand,
- e) Flüssigkeitsstand unter Oberkante Grubenabdeckung,
- f) Menge Spülwasser.

(11) Der nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichtete hat die ihm überlassene Durchschrift des Begleitscheines sowie sonstige Kontrollnachweise für die Dauer von mindestens fünf Jahren aufzubewahren und auf Verlangen vorzuzeigen.

(12) Der Zweckverband kann die dezentralen Abwasseranlagen auch zwischen den nach Absatz 2–3 definierten Terminen und ohne Anzeige nach Absatz 4 entsorgen, wenn aus Gründen der Wasserwirtschaft ein sofortiges Leeren erforderlich ist.

(13) Der nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichtete ist dafür verantwortlich, dass die dezentralen Abwasseranlagen jederzeit zum Zwecke des Abfahrens des Abwassers zugänglich sind und sich der Zugang in einem verkehrssicheren Zustand befindet.

(14) Zur Entsorgung der dezentralen Abwasseranlagen und zur Überwachung nach den Absätzen 15 und 16 ist den Beauftragten des Zweckverbandes ungehindert Zutritt zu allen Teilen der Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben/Sammelgruben zu gewähren. Hierzu gehören insbesondere Verbindungs- und Zuleitungen, Aggregate und Steuerungsanlagen, Sammel- und Kontrollschächte und Sickeranlagen. Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Abs. 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(15) Die Überwachung der Eigenkontrolle und Wartung der Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben/Sammelgruben erfolgt auf Grundlage der Kleinkläranlagenverordnung. Durch den Zweckverband oder die WWZ GmbH festgestellte und gegenüber dem nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten beanstandete Mängel sind von diesem innerhalb der gesetzten Frist zu beheben. Der Zweckverband bzw. die WWZ GmbH sind hierüber unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen.

(16) Die Überwachung der Eigenkontrolle im Sinne des Absatzes 15 Satz 1 wird wie folgt durchgeführt.

Der nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichtete hat der WWZ GmbH bei Kleinkläranlagen, für die die Wartung durch den Hersteller oder einen Fachbetrieb vorgeschrieben ist, die Ergebnisse der Wartung (Wartungsprotokolle) innerhalb von 15 Arbeitstagen nach erfolgter Wartung zuzusenden.

Bei abflusslosen Gruben/Sammelgruben erfolgt die Überwachung durch Einsichtnahme in das Betriebsbuch und Sichtkontrolle der Anlage anlässlich der Fäkalschlammabfuhr oder Entleerung der abflusslosen Gruben/Sammelgruben.

Die anlässlich der Wartung zu erstellenden Wartungsprotokolle sind dem Zweckverband auf digitalem Wege über einen der zwei nachstehend genannten Übertragungswege zu übermitteln:
über Mail: kleinklaeranlagen@wasserwerke-zwickau.de
über die Internetseite: www.rzv-zwickau-werdau.de

Unabhängig von der digitalen Übermittlung der Daten durch die Wartungsfirma oder den Eigentümer der Anlage selbst, bleibt die Pflicht zur Nachweisführung über die durchgeführte Wartung in dem Betriebstagebuch vor Ort, am Standort der Kleinkläranlage, bestehen

(17) Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben/Sammelgruben und deren Nebeneinrichtungen sind unver-

zügig außer Betrieb zu setzen, sobald das Grundstück an ein öffentliches Klärwerk angeschlossen ist. Den Aufwand für die Stilllegung trägt der nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichtete.

(18) § 18 Abs. 2 gilt entsprechend.“

2. § 20 Abs. 2 c) wird wie folgt neu gefasst:
c) den Entleerungsbedarf der abflusslosen Gruben/Sammelgruben und Kleinkläranlagen gemäß § 19 Abs. 4
3. § 23 Abs. 1 Nr. 14 wird wie folgt neu gefasst:
„14. entgegen § 19 Abs. 1 bis 3 die bedarfsgerechte Entsorgung der privaten Kleinkläranlagen nicht oder nicht rechtzeitig durchführen lässt,“
4. § 23 Abs. 1 Nr. 15 wird wie folgt neu gefasst:
„15. entgegen § 19 Abs. 8 trotz Aufforderung keine verkehrssichere Zuwegung schafft,“
5. § 23 Abs. 1 Nr. 16 wird wie folgt neu gefasst:
„16. entgegen § 19 Abs. 11 die Unterlagen nicht aufbewahrt und auf Verlangen vorzeigt,“
6. § 23 Abs. 1 Nr. 17 wird wie folgt neu gefasst:
„17. entgegen § 19 Abs. 14 nicht den ungehinderten Zutritt gewährt,“

7. § 23 Abs. 1 Nr. 18 wird wie folgt neu gefasst:
„18. entgegen § 19 Abs. 15 die beanstandeten Mängel innerhalb der gesetzten Frist nicht beseitigt und die Beseitigung nicht unverzüglich dem Zweckverband oder der WWZ GmbH meldet,“
8. § 23 Abs. 1 Nr. 19 wird wie folgt neu gefasst:
„19. entgegen den Festlegungen in § 19 Abs. 16 zur Abwassersatzung die Wartungsprotokolle nicht, nicht fristgerecht und/oder nicht vollständig dem Zweckverband zuleitet,“
9. § 23 Abs. 1 Nr. 20 wird wie folgt neu gefasst:
„20. entgegen den Festlegungen in § 19 Abs. 17 die Anlage nicht unverzüglich außer Betrieb setzt, sobald das Grundstück an ein öffentliches Klärwerk angeschlossen wird,“

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung dieser Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Zwickau, den 21.03.2024

Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau
Steffen Ludwig
Verbandsvorsitzender

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit §§ 47 Absatz 2, 5 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach §§ 56 Absatz 3, 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über

kommunale Zusammenarbeit wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

Bekanntmachung der Technischen Universität Dresden zur Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels

Vom 21. März 2024

Das nachstehend näher bezeichnete Dienstsiegel (Durchmesser 20 mm) mit dem Landeswappen des Freistaates Sachsen ist in Verlust geraten:



Das Dienstsiegel wird mit Wirkung vom 1. Januar 2015 für ungültig erklärt.

Es wird gebeten, Hinweise, welche zum Auffinden des Dienstsiegels führen können sowie Anhaltspunkte auf unbefugte Benutzung geben, unmittelbar dem Kanzler der Technischen Universität Dresden zu übermitteln (allg.verwaltung@tu-dresden.de).

Dresden, den 21. März 2024

Technische Universität Dresden
Jan Gerken
Kanzler

Bekanntmachung des Planungsverbandes Region Chemnitz über die Haushaltssatzung des Planungsverbandes Region Chemnitz für das Haushaltsjahr 2024

Vom 26. März 2024

Aufgrund § 12 des Landesplanungsgesetzes vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 706), das zuletzt durch Artikel 25 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in Verbindung mit § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 28. November 2023 (SächsGVBl. S. 870) geändert worden ist, und in Verbindung mit § 1 Absatz 1 der Verbandssatzung, hat die Verbandsversammlung des Planungsverbandes Region Chemnitz in der Sitzung am 25. Januar 2024 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Planungsverbandes Region Chemnitz voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird

im Ergebnishaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	1.676.900,00 EUR
– Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	1.768.200,00 EUR
– Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	-91.300,00 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	0,00 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	0,00 EUR
– Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0,00 EUR
– Gesamtergebnis auf	-91.300,00 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	0,00 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0,00 EUR
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0,00 EUR
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0,00 EUR
– veranschlagtes Gesamtergebnis auf	-91.300,00 EUR

im Finanzhaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.676.900,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.753.300,00 EUR
– Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	-76.400,00 EUR
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.000.000,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.033.000,00 EUR
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-33.000,00 EUR
– Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-109.400,00 EUR
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	-109.400,00 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf festgesetzt.

100.000,00 EUR

§ 5

Die Verbandsumlage nach § 9 Abs. 1 der Verbandsatzung i. V. m. § 12 Abs. 2 SächsLPIG beträgt im Haushaltsjahr 2024 insgesamt

0,00 EUR

– davon im Ergebnishaushalt

0,00 EUR

– davon im Finanzhaushalt

0,00 EUR

Zwickau, den 26. März 2024

Planungsverband Region Chemnitz
Dirk Neubauer
Landrat und Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Planungsverbandes Region Chemnitz über die Auslegung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024

Vom 26. März 2024

Die vorstehende Satzung wurde am 25. Januar 2024 beschlossen und der Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 26. Januar 2024 gemäß § 76 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung vorgelegt. Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2024 enthalten keine genehmigungspflichtigen Teile und sind somit nicht genehmigungspflichtig. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Bescheid vom 19. März

2024 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung 2024 festgestellt.

Der Haushaltsplan 2024 wird mit der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2024 ab dem 12. April 2023 für die Dauer einer Woche auf der Homepage des Planungsverbandes Region Chemnitz (www.pv-rc.de/bekanntmachungen.php) elektronisch zur Verfügung gestellt.

Zwickau, den 26. März 2024

Planungsverband Region Chemnitz
Dirk Neubauer
Landrat und Verbandsvorsitzender

Gerichte

Aufgebotsverfahren

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 47/23

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE12 8705 0000 3110 6157 02, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51 in 09111 Chemnitz auf den Namen Ingeborg Lautenschläger, zuletzt wohnhaft Planitzwiese 27, 09130 Chemnitz, wird der Ausschließungs-

beschluss vom 20. März 2024 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 21. März 2024

Amtsgericht Chemnitz
Abo-Rady
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 49/23

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 13. März 2024 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Herr Jens Müller, Mittelstraße 1, 09669 Frankenberg hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE86 8705 0000 3100 4424 65, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz

auf den Namen Jens Müller, wohnhaft Mittelstraße 1, 09669 Frankenberg, beantragt. Der Ausstellerin des Sparbuches wird verboten, an den Inhaber des Papiers eine Leistung zu bewirken, insbesondere Zahlungen zu leisten.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 13. Juni 2024 seine Rechte schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 21. März 2024

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

**Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 4/24**

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 13. März 2024 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Herr Michael Theiß, Adalbertstraße 27, 01900 Großröhrsdorf hat als gesetzlicher Vertreter der Tamara Theiß, wohnhaft ebenda das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE43 8705 0000 4400 9167 10, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111

Chemnitz auf den Namen Tamara Theiß, wohnhaft Adalbertstraße 27, 01900 Großröhrsdorf, beantragt. Der Ausstellerin des Sparbuches wird verboten, an den Inhaber des Papiers eine Leistung zu bewirken, insbesondere Zahlungen zu leisten.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 13. Juni 2024 seine Rechte schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 21. März 2024

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

**Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 14/24**

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 20. März 2024 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Herr Heiko Scholze hat in Vollmacht für Frau Ilse Scholze, Neumarkt 15, 09337 Hohenstein-Ernstthal das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE97 8705 0000 3423 0225 57, ausgestellt von der

Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Ilse Scholze, zuletzt wohnhaft Neumarkt 15, 09337 Hohenstein-Ernstthal, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 20. Juni 2024 seine Rechte schriftlich beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 21. März 2024

Amtsgericht Chemnitz
Abo-Rady
Rechtspflegerin

**Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 15/24**

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 13. März 2024 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Frau Petra Günther, Fürstenstraße 262, 09130 Chemnitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer 001078; Sparkonto-Nummer 325476120, ausgestellt von der Chemnitzer Siedlungsgemeinschaft e. G.,

Hoffmannstraße 47, 09112 Chemnitz auf den Namen Renate Mauersberger, zuletzt wohnhaft Emil-Rosenow-Straße 4c, 09112 Chemnitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 13. Juni 2024 seine Rechte schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 21. März 2024

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

**Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 16/24**

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 13. März 2024 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Herr Fred Fiedler, Zwickauer Straße 16a, 09112 Chemnitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE31 8705 0000 3447 0815 88 und DE44 8705 0000 3447 0328 54, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Hedwig Nowak, zuletzt wohnhaft Albert-Schweitzer-

Siedlung 17, 08371 Glauchau, beantragt. Der Ausstellerin des Sparbuches wird verboten, an den Inhaber des Papiers eine Leistung zu bewirken, insbesondere Zahlungen zu leisten.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 27. Juni 2024 seine Rechte schriftlich beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 21. März 2024

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

**Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 17/24**

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 20. März 2024 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Frau Hannelore Langer, Antonstraße 7, 09337 Hohenstein-Ernstthal hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE68 8705 0000 4400 8816 31, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111

Chemnitz auf den Namen Hannelore Langer, zuletzt wohnhaft Lungwitzer Straße 22a, 09356 St. Egidien, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 20. Juni 2024 seine Rechte schriftlich beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 21. März 2024

Amtsgericht Chemnitz
Abo-Rady
Rechtspflegerin

**Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 61/23**

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE36 8705 0000 4391 0955 86, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Denise Illgen, zuletzt wohnhaft Michaelstraße 48, 09116 Chemnitz, wird der Ausschlie-

ßungsbeschluss vom 22. März 2024 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 25. März 2024

Amtsgericht Chemnitz
Abo-Rady
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 63/23

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE86 8705 0000 4400 9093 40 und DE35 8705 0000 3375 0128 44, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Lisa Kreißig, zuletzt wohnhaft Bahnhofstraße 54, 09111 Chemnitz, wird der Ausschließungsbeschluss vom

21. März 2024 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 25. März 2024

Amtsgericht Chemnitz
Abo-Rady
Rechtspflegerin

Amtsgericht Bautzen
Aktenzeichen: 701 II 5/23

Frau Sylvia Stengert, Leimgrubenweg 1, 78048 Villingen-Schwenningen hat folgendes Aufgebot beantragt:

1. zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Grundschuldbriefes über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bautzen von Crostau, Blatt 809 in Abteilung III unter Nummer 7 eingetragenen Grundschuld in Höhe von 100 000 DM nebst 18 Prozent Zinsen jährlich für die Grundstückseigentümerin Gerdi Bossert, geb. Reich, geboren am 30. Mai 1929, gemäß Bewilligung vom 15. Dezember 1993, UR-Nummer 3499/93 des Notariats IV Villingen, eingetragen am 20. Januar 1994, Rang vor Abteilung II Nummer 1, eingetragen am 20. April 1994
Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 1. Juni 2024 seine Rechte schriftlich anzuzeigen und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
2. zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Grundschuldbriefes über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bautzen von Crostau, Blatt 809 in Abteilung III unter Nummer 8

eingetragenen Grundschuld in Höhe von 100 000 DM nebst 18 Prozent Zinsen jährlich für die Grundstückseigentümerin Gerdi Bossert, geb. Reich, geboren am 30. Mai 1929, gemäß Bewilligung vom 15. Dezember 1993, UR-Nummer 3500/93 des Notariats IV Villingen, eingetragen am 20. Januar 1994, Rang vor Abteilung II Nummer 1, eingetragen am 20. April 1994

3. zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Grundschuldbriefes über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bautzen von Crostau, Blatt 809 in Abteilung III unter Nummer 9 eingetragenen Grundschuld in Höhe von 100 000 DM nebst 18 Prozent Zinsen jährlich für die Grundstückseigentümerin Gerdi Bossert, geb. Reich, geboren am 30. Mai 1929, gemäß Bewilligung vom 15. Dezember 1993, UR-Nummer 3501/93 des Notariats IV Villingen, eingetragen am 20. Januar 1994, Rang vor Abteilung II Nummer 1, eingetragen am 20. April 1994
Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 1. Juni 2024 seine Rechte schriftlich anzuzeigen und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Bautzen, den 25. März 2024

Amtsgericht Bautzen
Roehl
Rechtspflegerin

Insolvenzgericht

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 601 N 58/92

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der
Ingenieurgesellschaft für Bauplanung/Ausrüstung mbH,
Zöllnerplatz 13–17, 09112 Chemnitz

– Schuldnerin –

Rechtsanwalt Wolfgang Wutzke, Louis-Leitz-Straße 1,
28355 Bremen

– Gesamtvollstreckungsverwalter –

ergeht am 25. März 2024 nachfolgende Entscheidung:

Chemnitz, den 25. März 2024

Amtsgericht Chemnitz
Limbach
Rechtspfleger

Zivilgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Aktenzeichen: 4 C 461/23

Die öffentliche Zustellung der Klageschrift/Anspruchsbegründung vom 15. November 2023 und der gerichtlichen Verfügung vom 4. Dezember 2023 wurde bewilligt.

Der Zustellungsadressat ist (mit letzter bekannter Adresse): Mike Rudat, Schlunziger Straße 13, 08058 Zwickau

Prozess-/Verfahrensgegenstand: Klageverfahren

Die genannten Schriftstücke können in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 133 eingesehen werden.

Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hohenstein-Ernstthal, den 20. März 2024

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Fries
Richter am Amtsgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Aktenzeichen: 4 C 15/24

Die öffentliche Zustellung des Versäumnisurteils des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal vom 20. März 2024 wurde bewilligt.

Der Zustellungsadressaten sind:

Sandra Machura, zuletzt wohnhaft: Sonnenstraße 26, 09337 Hohenstein-Ernstthal und

Adam Machura, zuletzt wohnhaft: Sonnenstraße 26, 09337 Hohenstein-Ernstthal

Prozess-/Verfahrensgegenstand: Klageverfahren

Das genannte Schriftstück kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 230 eingesehen werden.

Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hohenstein-Ernstthal, den 21. März 2024

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Zivilgericht
Fries
Richter am Amtsgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Aktenzeichen: 4 C 56/24

Die öffentliche Zustellung der Klageschrift vom 11. Januar 2024 und der gerichtlichen Verfügung vom 7. Februar 2024 wurde bewilligt.

Der Zustellungsadressat ist (mit letzter bekannter Adresse):

Andy Lorenz, Weinkellergasse 1, 08396 Waldenburg

Prozess-/Verfahrensgegenstand: Klageverfahren

Die genannten Schriftstücke können in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 230 eingesehen werden.

Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hohenstein-Ernstthal, den 21. März 2024

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Zivilgericht
Fries
Richter am Amtsgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Aktenzeichen: 4 C 12/24

Rechtsstreit Stadtwerke Glauchau ./Genz, D. wg.
Stromzählerausbau

Prozess-/Verfahrensgegenstand: Klageverfahren

Die öffentliche Zustellung
– des Versäumnisurteils des Amtsgerichts Hohenstein-
Ernstthal vom 20. März 2024
wurde bewilligt.

Das genannte Schriftstück kann in der Geschäftsstelle
des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 133 ein-
gesehen werden.

Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in
Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste
drohen können.

Der Zustellungsadressat ist (mit letzter bekannter Ad-
resse): Daniel Genz, zuletzt wohnhaft Pjeescana Uvala V
OGR 32, 52203 Pula, Kroatien

Hohenstein-Ernstthal, den 22. März 2024

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Fries
Richter am Amtsgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Aktenzeichen: 4 C 165/23

Die öffentliche Zustellung des Teilversäumnisurteils des
Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal vom 6. Dezember 2023
wurde bewilligt.

Das genannte Schriftstück kann in der Geschäftsstelle
des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 230 ein-
gesehen werden.

Der Zustellungsadressat ist (mit letzter bekannter Ad-
resse): Daniel Ziller, Theodor-Körner-Straße 6 A, 08412
Werdau

Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in
Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste
drohen können.

Prozess-/Verfahrensgegenstand: Klageverfahren

Hohenstein-Ernstthal, den 26. März 2024

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Zivilgericht
Fries
Richter am Amtsgericht

Stellenausschreibungen

Die Berufsakademie Sachsen zählt mit den Hochschulen zu den Einrichtungen des tertiären Bildungsbereiches. Zum 1. Januar 2025 wird die Berufsakademie Sachsen zur Dualen Hochschule Sachsen umgewandelt. Sie führt Studierende in dual organisierten Studiengängen zum Abschluss Bachelor of Arts, Bachelor of Science, Bachelor of Engineering. Die wissenschaftlich-theoretischen Studienabschnitte werden an den Staatlichen Studienakademien und die praktischen Studienabschnitte bei einem Praxispartner realisiert.

An der **Staatlichen Studienakademie Bautzen** ist folgende Stelle zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen:

Professor für Mikroelektronik (m/w/d)
(Entgeltgruppe E 15 TV-L, Vollzeit, unbefristet)
(Kennziffer: BZ 2024/02)

Aufgabenprofil:

Im Studienbereich Technik werden Studierende in drei Studiengängen zum Bachelor of Engineering qualifiziert. Der Schwerpunkt der Ausschreibung ist dem Studiengang Elektrotechnik zugeordnet. Die Lehre ist auch in den angrenzenden Studienangeboten und Grundlagenfächern des Bereiches Technik zu erbringen. Die Bewerber_innen müssen über ein abgeschlossenes einschlägiges Hochschulstudium (Ingenieurwissenschaften, Elektrotechnik oder Physik), Erfahrungen in der Lehre und berufliche Praxis verfügen.

Neben vertieften Kenntnissen der allgemeinen Elektrotechnik und der elektronischen Schaltungstechnik sind fachspezifische Kenntnisse und Erfahrungen auf einem oder mehreren der folgenden Bereiche wünschenswert:

- Integrierte Schaltungen
- Halbleitertechnologie
- Mikrosystemtechnik
- Aufbau- und Verbindungstechnik
- Halbleiterphysik

Der/die Stelleninhaber_in soll in Lehre sowie Wissens- und Technologietransfer Themenfelder der Elektrotechnik, insbesondere mit Hinblick auf Technologien in der Halbleitertechnik und Mikrosystemtechnik, besetzen. Dabei steht auch die interdisziplinäre Verknüpfung der technischen Entwicklungen in der Halbleiterelektronik mit deren Anwendungen in der Energieversorgung, Automatisierungstechnik und Medizintechnik im Vordergrund.

In der inhaltlichen und organisatorischen Abstimmung sowie zur effizienten Gestaltung der wissenschaftlichen und praktischen Studienphasen sind ausgeprägtes fachdidaktisches Geschick, fachpraktische Erfahrungen als kompetenter Gesprächspartner für die dualen Praxispartner sowie Erfahrungen und Kenntnisse bei der Betreuung von Studierenden und in der Organisation von Studienabläufen erforderlich.

Konzeptionelle Fähigkeiten zur Weiterentwicklung von Studienangeboten, hohes Interesse an Zukunftsthemen sowie Engagement und Einsatzfähigkeit für die Zielerreichung in den strategischen Kompetenzfeldern innerhalb der Berufsakademie Sachsen werden vorausgesetzt.

Alle Bewerber_innen müssen die folgenden Einstellungs Voraussetzungen erfüllen:

1. **abgeschlossenes Hochschulstudium** des entsprechenden Wissenschaftsgebietes,
2. **pädagogische Eignung**, die in der Regel durch Erfahrungen in der Lehre, hochschuldidaktische Qualifikationen und eine Probeveranstaltung (Probenvortrag, Probelehrveranstaltung) nachgewiesen wird,
3. **besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit**, die in der Regel durch die Qualität einer Promotion nachgewiesen wird,
4. **besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Kenntnisse und Methoden in einer mindestens 5-jährigen einschlägigen beruflichen Praxis**, von der mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereiches ausgeübt worden sein sollen.

Der Arbeitsort ist die Staatliche Studienakademie in **Bautzen**. Bei Bedarf ist der Einsatz auch an einer anderen Staatlichen Studienakademie der Berufsakademie Sachsen möglich.

Die Art und der Umfang der dienstlichen Aufgaben der Lehrpersonen an der Berufsakademie Sachsen ergeben sich aus der Sächsischen Berufsakademie-Dienstaufgabenverordnung vom 26. Juli 2019 (SächsGVBI S. 602).

Die Vergütung erfolgt nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) in der **Entgeltgruppe E 15**. Berufungen beziehungsweise Einstellungen erfolgen im Angestelltenverhältnis.

Die Berufsakademie Sachsen begrüßt ausdrücklich die Bewerbung von Frauen. Auf die bevorzugte Berücksichtigung von Schwerbehinderten bei Vorliegen gleicher Qualifikation und Eignung wird geachtet. Schwerbehinderte und/oder ihnen gleichgestellte Bewerber_innen, die die oben genannten Voraussetzungen erfüllen, werden daher ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben. Es wird gebeten, den Nachweis über die Gleichstellung beziehungsweise die Schwerbehinderung den Bewerbungsunterlagen beizufügen.

Sind Sie interessiert und überzeugt, dass Sie über die genannten Voraussetzungen verfügen?

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Darstellung des wissenschaftlichen Werdegangs, der fachpraktischen Berufserfahrung und Lehrfähigkeit) sowie Kopien von Urkunden über akademische Grade, Prüfungs- und Arbeitszeugnisse, lückenloser Tätigkeitsnachweis sowie Nachweise wissenschaftlicher Leistungen und Veröffentlichungen sowie zu Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind mit Angabe der Kennziffer **BZ 2024/02 bis zum 3. Mai 2024** zu richten an:

personal.bautzen@ba-sachsen.de

Bitte verwenden Sie eine **PDF-Datei** für ihre Online-Bewerbung mit folgender Kennzeichnung:

BZ_2024_02_Name_Vorname.

Wichtige Hinweise

Bitte beachten Sie, dass Sie mit Ihrer Bewerbung gleichzeitig Ihr Einverständnis zur elektronischen Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten bis zum Abschluss des Bewerbungs-

verfahrens erteilen. Ferner weisen wir darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Bewerbung entstandene Kosten leider nicht erstattet werden können.

Wir bitten darum, alle für die Bewerbung erforderlichen Unterlagen und Nachweise (zum Beispiel Abschlusszeugnisse, qualifizierte Arbeitszeugnisse, Beurteilungen und so weiter) zunächst lediglich in Kopie einzureichen und von Mappen abzusehen. Erforderliche beglaubigte Kopien von Urkunden über akademische Grade werden gegebenenfalls nachgefordert. Die online übermittelten Unterlagen werden nach Abschluss des Auswahlverfahrens nach Vorgaben des Datenschutzes vernichtet und nicht zurückgesandt.

Die Vorlesungen an der Berufsakademie Sachsen werden hauptsächlich in deutscher Sprache gehalten, daher

wird bei Bewerbungen in einer anderen Sprache um eine deutsche Übersetzung gebeten. Bei einem ausländischen Hochschulabschluss beziehungsweise akademischen Grad ist auf Anforderung die Vorlage einer Zeugnisbewertung der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) notwendig.

Bitte beachten Sie weiterhin, dass die Eingangsbestätigung ausschließlich per E-Mail versandt wird.

Bewerbende, die sich bereits in einem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis zum Freistaat Sachsen befinden, werden gebeten, ihre Zustimmung zur Einsichtnahme in die Personalakte zu erteilen.

Anzeige



Einbanddecken Jahrgang 2023

Bestellung

Anzahl

Preis*

Einbanddecken 2023

___ SächsGVBl. (1 Bd.)	14,90 EUR
___ SächsABl. (3 Bde.)	42,90 EUR
___ SächsABl. SDr. (1 Bd.)	14,90 EUR

* Alle Preise verstehen sich zzgl. MwSt. und Versand.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Unterschrift

BESTELLUNG BITTE DIREKT AN

SV SAXONIA VERLAG
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40 | 01277 Dresden
Telefon (03 51) 48 52 60
office@saxonia-verlag.de
www.saxonia-verlag.de

Fax (03 51) 4 85 26 61